

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/04/2017

**über die öffentliche Sitzung
des Finanzausschusses am 03. April 2017,
Rathaus, Sitzungszimmer 103**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Peter Egan
Herr Dirk Langbehn
Herr Achim Reuber

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Bernd Buchholz
Herr Tim Greiser
Herr Rolf Griesenberg
Herr Horst Marzi
Herr Dr. Toufic Schilling

i. V. f. Frau Monja Löwer

Verwaltung

Frau Sabrina Blossey
Frau Angela Haase
Herr Horst Kienel

Protokollführerin
Berichterstatter

Entschuldigt fehlt

Stadtverordnete

Frau Monja Löwer

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde - **entfällt** -
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2017 vom 13.02.2017
7. Berichte/ Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1 Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
 - 7.2. Sonstige Berichte/ Mitteilungen
 - 7.2.1 Aufstellung des Haushalts 2018
 - 7.2.2 Hundebestandsaufnahme
8. Antrag der WAB zum Haushalt 2018 **AN/008/2017**
Begrenzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushalt 2018 auf maximal 12,7 Mio. EUR
9. Anfragen, Anregungen, Hinweise - **entfällt** -

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Die Verwaltung stellt Frau Blossey als Nachfolgerin von Frau Haase vor, die - wie am 13.02.2017 mitgeteilt – sich beruflich noch einmal verändern möchte und in die Bauverwaltung wechselt. Frau Blossey stellt auf Bitte des Vorsitzenden kurz ihren beruflichen Werdegang vor. Sie war überwiegend im Haushaltsbereich der Gemeinde Ammersbek tätig, aber auch bei der Firma CIP, dem führenden Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesenprogramm der Stadt Ahrensburg. In beiden Bereichen hat sie in der Doppik gearbeitet sowie im Rahmen der Jahresabschlüsse inkl. der Anlagebuchhaltung.

Der Finanzausschuss bedankt sich bei Frau Haase für die langjährige gute Zusammenarbeit und wünscht ihr alles Gute im neuen Aufgabenbereich. Gleichzeitig wird Frau Blossey herzlich im neuen Amt begrüßt. Frau Haase teilt mit, dass im Sinne der Kontinuität der Aufgaben bis 13.04.2017 eine Übergabe und Einarbeitung erfolgen wird.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende berichtet über die Empfehlung des Finanzausschusses vom 13.02.2017, eine städtische Pachtfläche an der Ladestraße zum 31.03.2018 zu kündigen (zum Zwecke der Realisierung von zusätzlich zu bauenden Fahrradabstellplätzen).

4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen und Anregungen gestellt.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Herr Langbehn bittet, über die heute anstehenden Tagesordnungspunkte nur zu beraten und noch nicht zu beschließen, da seine Fraktion diese Tagesordnungspunkte noch nicht beraten habe. Herr Egan entgegnet, dass sein Antrag 008/2017 bereits vom 27.02.2017 datiere und im Hinblick auf die Terminierung zur Haushaltsaufstellung 2018 entschieden werden müsse.

Nach längerer Diskussion regt der Vorsitzende an, ggf. alle heutigen Tagesordnungspunkte zu beraten und nur zu TOP 12 zu beschließen. Ferner könnten alle heutigen Tagesordnungspunkte ggfs. zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zwecks Beschlussfassung angemeldet werden. In der Zwischenzeit könne die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN beraten.

Der Finanzausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

Ferner stimmt der Finanzausschuss der mit Einladung vom 20.03.2017 versandten Tagesordnung zu. Die Tagesordnungspunkte ab TOP 10 werden daher in nichtöffentlicher Sitzung erörtert.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2017 vom 13.02.2017

Es werden keine Einwände zum öffentlichen und nichtöffentlichen Teil vorgebracht.

7. Berichte/ Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Berichte gem. § 45 c GO

7.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Der Berichterstatter erläutert die Entwicklung der Liquidität bis zum 05.05.2017. Derzeit weisen die städtischen Geschäftskonten einen Bestand von rd. 10,121 Mio. € auf. Insgesamt wird insbes. durch die zum Monatsende erwartete Abrechnung der Einkommensteueranteile für das I. Quartal 2017 ein Einnahmestand i. H. v. 14,49 Mio. € erwartet.

Auf der Ausgabenseite handelt es sich um einen Gesamtbetrag von rd. 5,708 Mio. €, der auf die bekannten Routineauszahlungen (Personalkosten, Kreisumlage, etc. / vergl. **Anlage 1**) zurückzuführen ist. Besondere investive Auszahlungen konnten nicht berücksichtigt werden. Im Saldo verbleiben somit rd. 8,781 Mio. €.

Noch nicht berücksichtigt sind die zu erwartenden Einzahlungen durch den Steuertermin 15.05.2017, die die Kassenlage weiter verbessern können.

In diesem Zusammenhang weist Frau Haase darauf hin, dass in den Einzahlungen ein Betrag von rd. 1,2 Mio. € Gewerbesteuer enthalten ist, der die Stadt als Vorauszahlung erreicht hat. Dieses ist ein bisher einmaliger Sonderfall, die Festsetzung des Finanzamtes steht noch aus. Es handelt sich hier um Verkaufserlöse, die besteuert werden und bei denen der Steuerschuldner eine Zinsberechnung und damit Erhöhung der Forderungen vermeiden wollte. Das Finanzamt wurde gebeten, umgehend die Steuern festzusetzen, der Steuerbescheid steht aber noch aus.

Im Hinblick auf die Finanzrechnung vom 31.03.2017 mit Gewerbesteuerentnahmen von bereits rd. 7,3 Mio. € fragt Herr Egan nach, ob hieraus sich ein Trend für 2017 ableiten lasse. Dieses könnte zu einer Hochrechnung von 29 Mio. € bis 31.12.2017 führen. Die Verwaltung schließt sich zum heutigen Zeitpunkt diesen Aussagen nicht an. Die Entwicklung der Gewerbesteuer ist insbes. auch abhängig vom Stand der Abrechnungen für Vorjahre und ggfs. den Anpassungen von Vorauszahlungen für das lfd. Haushaltsjahr 2017. Hierüber können zum jetzigen Zeitpunkt keine verlässlichen Angaben erwartet werden.

7.2 Sonstige Berichte/ Mitteilungen

7.2.1 Aufstellung des Haushalts 2018

Der Berichterstatter teilt mit, dass mit Schreiben vom 20.03.2017 die Fachdienste der Verwaltung aufgefordert wurden, bis 31.05.2017 zum Haushalt 2018 Zahlen und Unterlagen zu übergeben. Ziel ist es, den Haushaltsentwurf 2018 so rechtzeitig vorzulegen, dass eine Beschlussfassung noch in diesem Jahr möglich ist.

Herr Dr. Buchholz weist darauf hin, dass eine Beschlussfassung zum Haushalt 2017 seines Erachtens in 2016 möglich gewesen wäre, die Vorlage der Verwaltung hierfür war rechtzeitig erfolgt.

7.2.2 Hundebestandsaufnahme

Der Berichterstatter teilt mit, dass zuletzt 2010 eine Hundebestandsaufnahme erfolgt ist und die Firma Adler eine Anfrage an die Stadt gestellt hat, ob Interesse an einer erneuten Prüfung 2017 besteht.

Auf Nachfrage wird berichtet, dass die Kosten einer Hundebestandsaufnahme rd. 16.000 € betragen. Im Jahr 2010 wurden 194 Hunde neu angemeldet, so dass von einer „Schwarzquote“ von rd. 10 % ausgegangen werden könnte.

Nach kurzer Erörterung empfiehlt der Finanzausschuss, 2017 eine erneute Hundebestandsaufnahme durchzuführen. Für eine der kommenden Sitzungen wird eine Vorlage erbeten.

**8. Antrag der WAB zum Haushalt 2018
Begrenzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushalt 2018 auf maximal 12,7 Mio. EUR**

Herr Egan erläutert seinen Antrag vom 27.02.2017, den Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von (Plan 2017 für Plan 2018) 13,6 Mio. € auf 12,7 Mio. € zu begrenzen und somit pauschal um 700.000 € abzusenken.

Er führt aus, dass dieses s. E. eine Ausweitung des lobenswerten Prozesses für Personalausgaben im Rahmen der Beratung zum Haushalt 2017 auf Sach- und Dienstleistungen für den Haushalt 2018 sei. Sollte dieser Rahmen eingehalten werden, könne eine Detailberatung wie in den Vorjahren in diesem kostenintensiven Bereich vermieden werden.

Herr Langbehn fragt nach, wie der letzte Absatz des Antrages: „Sollte die Verwaltung im Zuge der Erstellung der Einzelbudgets für 2018 feststellen, dass das Gesamtbudget von 12,7 Mio. € nicht auskömmlich ist, so sollte dieses während der Haushaltsberatungen im Herbst 2017 im jeweiligen Ausschuss problematisiert werden.“ zu verstehen sei. Hierzu führt Herr Egan aus, dass dann die verschiedenen Fachdienste im Rahmen der Haushaltsplanung die Hintergründe der besonderen Maßnahmen ausführen sollten.

Herr Kienel verweist darauf, dass in den Kontenklassen 5211 und 5221 für die Unterhaltung der Gebäude und Anlagen allein Einzelkosten von 913.000 € enthalten sind (siehe Seiten 56 bis 58 des Haushaltsplanes 2017). Besonders auffallend ist in diesem Zusammenhang die Deckenerneuerung Bünningstedter Straße mit allein 550.000 € im Planjahr 2018. In 2017 sollen die Grundlagen hierzu erarbeitet werden.

Herr Dr. Buchholz unterstützt dem Grunde nach die Deckelung, Herr Reuber äußert dagegen Bedenken. Die Verwaltung äußert Verständnis für diesen Antrag. Zu berücksichtigen sei aber grundsätzlich, dass Planansätze immer höher als die Ist-Kosten ausfallen sollten. Während die Haushaltsplanung 2017 auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2015 in vielen Positionen neu betrachtet wird, ist zu erwarten, dass dies für die Haushaltsplanung 2018 auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2016 erfolgt. Dadurch werden sich Veränderungen ergeben, die sich steigernd oder senkend auswirken.

Ferner sei eine Einzelfallbetrachtung erforderlich. So wird z. B. auf die hohe Belastung des Fachdienstes Zentrale Gebäudewirtschaft/ Hochbaumaßnahmen verwiesen. Zum einen können wegen vorrangiger Aufgaben einzelne Unterhaltungsmaßnahmen aus Kapazitätsgründen schlicht nicht durchgeführt werden und bedingen eine Verschiebung. In anderen Fällen - wie z. B. dem Einbau neuer WC-Anlagen in der Grundschule Am Reesenbüttel, vorgesehen in Höhe von 32.000 € im Haushalt 2016 - wird dieses im Rahmen der Neubaumaßnahme 2017 erfolgen. Zwangsläufig bedingt dieses die Bildung einer Ermächtigung im Rahmen des Jahresabschlusses 2016, es handelt sich um keine Einsparung.

Aber auch andere Faktoren führen zu Veränderungen. So sind teilweise im Rahmen des Jahresabschlusses Umbuchungen vom Aufwand in den investiven Bereich und umgekehrt im Rahmen der Einfallprüfung erforderlich.

Es stellt sich auch die Frage, wann die „Erkenntnis“ zum Plan 2018 erfolge. Regelmäßig stellen die Fachdienste die Anforderungen ihrer Budgets zusammen, dieses wird von der Verwaltung in die Haushaltsplanung übertragen und erst nach Erfassung aller Aufwendungen wird der Gesamtumfang der Sach- und Dienstleistungen deutlich.

Herr Dr. Buchholz erklärt, dass der Haushaltsausgleich zunehmend schwieriger werde, daher müssten „Puffer“ vermieden werden. Herr Greiser wiederum erklärt, dass er Einsparungen eher befürworte als Nachträge, weil die Mittel durch die Deckelung zu gering ausfielen.

Herr Langbehn erklärt, grundsätzlich den Antrag zu unterstützen, aber statt einer Deckelung um 600.000 € pauschal eine Summe zu ermitteln sei, die nicht die einmaligen Aufwendungen einschließe.

Der Berichterstatter erklärt sich einverstanden, dass zunächst versucht werden sollte, die Sach- und Dienstleistungen auf 12,7 Mio. € zu begrenzen. Sofern dieses nicht erreichbar sei, werde die Verwaltung berichten.

Allerdings empfiehlt der Finanzausschuss auch, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

„Der Finanzausschuss und anschließend die Stadtverordnetenversammlung mögen beschließen, dass Gesamtbudget 2018 für Sach- und Dienstleistungen im *Haushaltsentwurf 2018* auf maximal 12,7 Mio. € zu begrenzen.“

Mit dieser Ergänzung wird empfohlen, den Tagesordnungspunkt im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung im April 2017 zu beraten und hierüber zu beschließen.

Eine Abstimmung erfolgt nicht.

9. Anfragen, Anregungen, Hinweise

- e n t f ä l l t -

gez. Tobias Koch
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin